



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER MAI 2024

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

raus in den Mai, hört man die Tage. Viele freuen sich auf Ausflüge und Grillfeiern. Die meisten freuen sich aber auch auf höhere Temperaturen, hat uns die Kälte ja derzeit noch mal so richtig im Griff.

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Der 1. Mai ist der Arbeiterkampftag. Passt dieser Begriff denn heute noch? Ja, unbedingt. Alle Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte mussten erkämpft werden, sie sind nicht vom Himmel gefallen oder wurden geschenkt. Lesen Sie dazu auch Seite 3.

Auch heute kämpfen viele Beschäftigte, dass sie einen Tarifvertrag bekommen, dass Löhne steigen oder dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. In Schweinfurt waren 5000 Beschäftigte auf der Straße, um für ihre Kugellagerstadt zu kämpfen, in Arnstein wollen Beschäftigte endlich einen Tarifvertrag und in Aschaffenburg geht es darum, dass die Kolleginnen und Kollegen nach dem Aus der Lenkradfertigung abgesichert werden. Mehr dazu und was alles noch im April los war, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Also, raus in den Mai. Viel Spaß dabei.

Ihr/Euer



2



Die Europawahl am 9. Juni steht vor der Tür

5



Unterwegs für gute Arbeit

9



Behindertenbeauftragter zu Besuch in Unterfranken

11



Viele weitere Termine im April

# KLARTEXT

## VEREINT IN VIELFALT - EIN PLÄDOYER FÜR EUROPA



Die Europäische Union ist eine der größten Errungenschaften unserer Zeit, ein Symbol für Frieden, Zusammenarbeit und Fortschritt. In einer Zeit, in der die Welt von Konflikten und Spannungen

geprägt ist, steht die EU als ein leuchtendes Beispiel für das Potenzial von Einheit und Solidarität.

Die EU hat es geschafft, Nationen zu vereinen, die einst erbitterte Feinde waren, und eine gemeinsame Plattform für Dialog, Handel und Zusammenarbeit zu schaffen. Durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Förderung des freien Personenverkehrs hat die EU Wohlstand und Chancen für Millionen von Menschen geschaffen.

Aber die EU ist mehr als nur ein Wirtschaftsraum. Sie ist eine Gemeinschaft von Nationen, die sich auf

gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet haben. Durch Programme wie Erasmus ermöglicht die EU jungen Menschen, neue Kulturen zu entdecken, sich weiterzubilden und globale Perspektiven zu entwickeln.

Die Europäische Union steht vor Herausforderungen, aber wir müssen sie als Chance sehen, unsere Zukunft zu gestalten. In einer globalisierten Welt ist die EU ein wichtiger Akteur, der die Interessen und Werte Europas auf internationaler Ebene vertritt.

Lasst uns die Europäische Union nicht als selbstverständlich betrachten, sondern als eine Quelle der Hoffnung und Inspiration für kommende Generationen. Lasst uns die EU weiter stärken, ausbauen und verteidigen, damit wir gemeinsam eine bessere Zukunft für alle Europäer schaffen können. Denn in der Einheit liegt unsere Stärke, und gemeinsam können wir Großes erreichen.

**BROTZEIT, BIER & POLITIK**

Eure Themen,  
unsere Diskussion

**Mittwoch 08.05. 2024**  
**18.30 - 20.00 Uhr**  
**Dorfprozelten**  
**Gasthaus „Krone“**  
**(Hauptstraße 61)**

**SPD**

**Tanyel Taş**  
Europakandidat

**Bernd Rützel**  
Bundestagsabgeordneter

# TAG DER ARBEIT

## GESCHICHTE DES 1. MAI

Der 1. Mai, auch bekannt als "Tag der Arbeit" oder "Maifeiertag", hat seine Wurzeln in den historischen Kämpfen der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Die industrielle Revolution brachte in vielen Ländern des Westens eine drastische Veränderung der Arbeitsbedingungen mit sich. Arbeiter wurden oft unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet, mussten lange Arbeitszeiten in Kauf nehmen und hatten kaum Rechte oder Mitsprachemöglichkeiten.

Ein Schlüsselmoment in der Entstehung des 1. Mai war der Haymarket Riot von 1886 in Chicago, USA. Am 1. Mai dieses Jahres versammelten sich Tausende von Arbeiterinnen und Arbeiter, um für den Achtstundentag zu demonstrieren. Der Protest eskalierte, als eine Bombe explodierte und sowohl Polizisten als auch Demonstranten tötete. Dieses

Ereignis führte zu einer harten Unterdrückung der Arbeiterbewegung, aber rief auch weltweite Aufmerksamkeit für die Forderungen nach gerechteren Arbeitsbedingungen hervor.

1889 wurde auf dem Kongress der Zweiten Internationale in Paris beschlossen, den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zu etablieren. Dieser Tag sollte dazu dienen, die Solidarität zwischen den Arbeitern weltweit zu stärken und ihren Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Seitdem wird der 1. Mai in vielen Ländern als Feiertag begangen, oft mit Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen, um an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu erinnern und aktuelle soziale und wirtschaftliche Fragen zu diskutieren. Der Geist des 1. Mai als Tag der Solidarität und des Einsatzes für soziale Gerechtigkeit lebt bis heute fort.



# POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

## UPDATE KLIMASCHUTZGESETZ

Wir reformieren das Klimaschutzgesetz, damit bei Zielverfehlungen besser nachgesteuert werden kann. Die Klimaziele bleiben die gleichen:

- 2030 Emissionen um 65 Prozent runter
- 2040 Emissionen um 88 Prozent runter
- 2045 klimaneutral

Die Änderungen:

1. Jede Bundesregierung muss künftig gleich zum Start ein umfassendes sektorübergreifendes Klimaschutzprogramm beschließen (und nicht erst

reaktiv, wenn bereits Ziele verfehlt wurden).

2. Kein Sektor kann sich vor Klimaschutz verstecken - auch Verkehr nicht. Wenn das Gesamtziel aller Sektoren künftig zwei Jahre in Folge überschritten wird, ist die Bundesregierung verpflichtet, sicher zu stellen, dass das Klimaziel für 2030 erreicht wird. Dazu müssen weiterhin gerade jene Sektoren beitragen, die Ziele verfehlen.
3. Monitoring und Auslösemechanismus für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen werden auf den Zeitraum 2031 bis 2040 erweitert.

# EUROPA

## WAHLKAMPFAUFTAKT WÜRZBURG



SPD Würzburg

Wie wichtig Europa für uns ist, machten beim Wahlkampfauftakt der UnterfrankenSPD die beiden bayrischen SPD-Spitzenkandidierenden zur Europawahl am 9. Juni - Maria Noichl und Thomas Rudner -

sowie unser unterfränkischer Europakandidat Tanyel Tas in Würzburg deutlich. Gleich ob Pandemie, Putins Krieg in der Ukraine oder die Transformationen in Arbeit und Wirtschaft. Bei all diesen Problemen ist Europa Teil der Lösung — sei es mit Finanzmitteln zur Stützung des Arbeitsmarktes per Kurzarbeit, der Reform bestehender Regularien im Schnellgang oder durch ein abgestimmtes gemeinsames Vorgehen gegen Putins Krieg. Doch nicht nur von außen wird der Frieden in Europa bedroht. Überall auf dem Kontinent erstarben extrem rechte Parteien, die versuchen die Verunsicherung der Bürger auszunutzen. Dabei haben sie keine Vision und keinen Plan für Europa. Unser Plan steht [hier](#).

# NAMENSRECHT

## GEÄNDERT

Der Deutsche Bundestag hat eine Änderung des Namensrechts beschlossen, die im Mai kommenden Jahres in Kraft tritt.

Verheiratete Paare und deren Kinder erhalten mehr Entscheidungsfreiheit, die den vielfältigen Familienmodellen und Lebenswegen unserer Zeit entspricht. Eheleute können dann einen gemeinsamen Doppelnamen tragen oder ihren Kindern einen solchen geben, der sich aus den Familiennamen zusammensetzt. Der Bindestrich zwischen den Nachnamen ist künftig nicht mehr zwingend erforderlich. Mehr als zwei Nachnamen wird es auch weiterhin nicht geben.

Außerdem wurde das Recht zur Namensänderung erweitert. Scheidungs- und Stiefkinder können Namensänderungen ihrer Eltern unkompliziert übernehmen, volljährige Kinder vom Nachnamen eines Eltern-

teils zum Nachnamen des anderen Elternteils wechseln.

Geburtsnamen dürfen künftig nach friesischer und dänischer Namensgebung bestimmt werden, um den Traditionen nationaler Minderheiten gerecht zu werden. Außerdem gibt es mehr Spielraum für die Übertragung ausländischer Namen bei der Einbürgerung.

Informationen zur Reform des Namensrechts gibt es [hier](#).

Bis Jahresende soll es Vorschläge für weitere Änderungen geben, z.B. für die Namensänderung von Kindern unverheirateter Eltern nach deren Trennung.

### TAGESAKTUELL INFORMIERT:

[facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://www.instagram.com/bernd_ruetzel)

[bernd-ruetzel.de](https://www.bernd-ruetzel.de)



4 x Büro Rützel

# GUTE ARBEIT

## FÜR GANZ DEUTSCHLAND

Gute Arbeit bedeutet nicht nur bessere Löhne, sondern auch gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und Mitbestimmung in den Betrieben. So können von unserer Wirtschaft alle profitieren, die sie auch am Laufen halten. Gute Arbeit bedeutet mehr Respekt gegenüber allen Beschäftigten. Dafür bin ich permanent aktiv und unterwegs, wie im zurückliegenden Monat in ganz Unterfranken und Berlin.

In Schweinfurt (Bild links oben) demonstrierten über 5000 Menschen für die Zukunft der Industriearbeit vor Ort. Aufgerufen hatte die örtliche IG Metall. Ich war vor Ort, um ein klares Zeichen der Solidarität mit allen Beschäftigten zu setzen und mich über die Situation der Betriebe zu informieren.

Bei Joyson Safety Systems in Aschaffenburg (Bild rechts oben) habe ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD Aschaffenburg, Manuel Michniok, Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftern den Rücken gestärkt. Denn in den vergangenen Jahren gab es immer wieder Stellenabbauprogramme gegen die sich die Betriebsräte organisieren. Hier werden Lenkräder, Airbags Sicherheitsgurtsysteme und andere integrierte Sicherheitssysteme produziert. Der Standort in



Aschaffenburg ist auch die Europazentrale des weltweit agierenden Konzerns.

Wie wir die berufliche Bildung stärken und weiterentwickeln, haben wir auf der Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion für junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil diskutiert (Bild rechts Mitte). Klasse, dass so viele junge Menschen die Zukunft mitgestalten wollen.

Die Lage und Zukunft unseres Industriestandortes Deutschland war auch Thema beim Austausch mit der Vorsitzenden der IG Metall Christiane Benner.



Büro Halbleib

## GUTE ARBEIT II FÜR GANZ DEUTSCHLAND

Um den Arbeitsmarkt in Unterfranken ging es beim Treffen mit meinen unterfränkischen SPD-Kollegen aus Bund und Land - MdB Markus Hümpfer und MdL Martina Fehlner - und den Vorsitzenden der Arbeitsagenturen (v.l.) in Würzburg, Stefan Beil, in Aschaffenburg, Thekla Schlör, und in Schweinfurt, Thomas Stelzer.



Bernd Rützel

Am Rande der Anhörung zur Betriebsratsvergütung habe ich den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der ZF Friedrichshafen AG, Achim Dietrich, getroffen. Unser Gespräch drehte sich um bezahlbare und sichere Energie, Bürokratieabbau (echte Bürokratie, nicht diejenige, die unter dem Deckmantel der Reduzierung von Arbeitnehmerinnenrechte gefordert wird) und Fachkräftesicherung, -gewinnung, Aus-, Fort- und Weiterbildung und Stärkung der Tarifautonomie.

# GRUNDGESETZ

75 Jahre

Vor 75 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Dieses Dokument ist nicht nur eine Verfassung, sondern ein Symbol für die Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Das Grundgesetz garantiert die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger und legt die Grundlagen für eine gerechte und freie Gesellschaft. Es sichert die Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung und den Schutz vor Diskriminierung. Es schützt die Menschenwürde und die Rechte jedes Einzelnen.

In den letzten 75 Jahren hat das Grundgesetz seine Stärke und Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. In Zeiten des Wandels und der Herausforderungen hat es uns als Leitfaden gedient und uns geholfen, gemeinsam Krisen zu überwinden und eine bessere Zukunft aufzubauen.

Aber die Arbeit ist noch nicht getan. Wir müssen weiterhin wachsam sein und für die Werte und Prinzipien kämpfen, die im Grundgesetz verankert sind. Wir müssen uns gegen jede Form von Extremismus, Intoleranz und Ungerechtigkeit stellen und sicherstellen, dass das Grundgesetz für alle Menschen in unserem Land gilt.

Lasst uns das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes als Ansporn nehmen, unsere Demokratie zu stärken und für eine gerechtere und freiere Gesellschaft einzutreten. Lasst uns die Errungenschaften und Lehren der Vergangenheit ehren und gemeinsam eine bessere Zukunft für alle schaffen.



# ABSICHERUNG

## ERWERBSMINDERUNGSRENTE

Die Erwerbsminderungsrente ist eine wichtige soziale Absicherung für Menschen, die aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen nicht mehr in vollem Umfang oder gar nicht mehr arbeiten können. Es ist eine Form der Unterstützung, die Betroffenen ein würdevolles Leben ermöglichen soll, auch wenn sie nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit zu verdienen.

In den vergangenen Jahren haben wir Verbesserungen für neu begonnene Erwerbsminderungsrenten durchgesetzt. Jetzt sorgen wir dafür, dass erwerbsgeminderte Rentnerinnen und Rentner im Bestand – also Menschen, die zwischen 2001 und 2018 erstmals eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben – künftig bessergestellt werden. Abhängig vom Rentenbeginn erhalten sie ab Juli 2024 einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch.

Die Berechnung und Auszahlung des Zuschlags ist komplex. Die Umsetzung erfolgt daher in zwei Stufen. Dies sieht der entsprechende Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vor. In einer ersten Stufe ab Juli 2024 wird zunächst ein vereinfachter Zuschlag ge-

zahlt. Die Überweisung wird getrennt von der laufenden Rente jeweils Mitte des Monats erfolgen. In der zweiten Stufe, ab Dezember 2025, wird der Zuschlag dann dauerhaft als Teil der Rente berechnet und ausgezahlt. Die Auszahlung wird automatisch erfolgen. Betroffene müssen also keinen Antrag stellen. Den Zuschlag erhalten auch Bezieher einer Hinterbliebenen-Rente.

Es ist wichtig, die Erwerbsminderungsrente zu verteidigen und zu stärken, denn sie dient einem grundlegenden Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Niemand sollte aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen in Armut leben müssen. Die Entscheidung, Erwerbsminderungsrente zu beantragen, wird häufig nicht leichtfertig getroffen. Viele Menschen, die diese Leistung in Anspruch nehmen, haben oft einen langen Weg hinter sich, auf dem sie versucht haben, trotz ihrer gesundheitlichen Probleme zu arbeiten. Die Erwerbsminderungsrente ist oft die letzte Option, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind.

Zudem ist die Erwerbsminderungsrente auch eine Investition in die Gesellschaft als Ganzes. Indem wir Menschen, die nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten, unterstützen, tragen wir dazu bei, dass sie ein würdevolles Leben führen können und nicht auf die Unterstützung ihrer Familien oder staatlicher Hilfsprogramme angewiesen sind.

Insgesamt ist die Erwerbsminderungsrente ein unverzichtbares Instrument, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu helfen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Es ist unsere Verantwortung, sicherzustellen, dass diese wichtige Form der sozialen Absicherung erhalten bleibt und weiterhin denjenigen zugutekommt, die sie am dringendsten benötigen.



Büro Rützel

## BAHNHOF BARRIEREFREIHEIT

Rund um den barrierefreien Ausbau des Karlstadter Bahnhofs ging es beim Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs (PSt) im Bundesverkehrsministerium und Bahnbeauftragten der Bundesregierung Michael Theurer vor Ort. Gemeinsam mit Bürgermeister Michael Hombach und 2. Bürgermeisterin Martha Bolkart-Mühlrath begutachteten wir die Situation vor Ort. Erst im vergangenen Jahr waren wir im Bundesverkehrsministerium bei PSt Theurer, um sicher zu stellen, dass der Bahnhof in der Kreisstadt vordringlich behandelt wird. Denn die Trasse zwischen Würzburg und Gemünden ist eine der meistbefahrenen im ganzen Bundesgebiet.

Staatssekretär Theurer wiederholte und bekräftigte seine Worte von damals, dass der Bahnhof in Karlstadt zu den 1.800 Zukunftsbahnhöfen in Deutschland gehört. Zugleich erfordern solche Baumaßnahmen in schwieriger Infrastruktur lange Planungszeiten und während den Maßnahmen auch Sperrpausen. Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 13,5 Millionen Euro soll der barrierefreie Ausbau von Gleis 1 entsprechend in 2024/25 erfolgen und Gleis 2 und 3 bis 2030 mit Aufzug barrierefrei sein.



IHK Würzburg-Schweinfurt

## LIEFERKETTEN GESETZ JETZT AUCH FÜR EUROPA

Menschenrechte enden nicht an unseren Landesgrenzen! Bei der IHK Würzburg-Schweinfurt habe ich für die Lieferkettengesetze in Deutschland und Europa geworben. Ich verstehe, dass Unternehmen jeden zusätzlichen Aufwand scheuen. Aber wir haben eine Verantwortung. Wir dürfen nicht wegschauen bei Kinderarbeit, Menschenrechtsverletzungen und Zwangsarbeit. Ich bin froh, dass viele Betriebe das genauso sehen.

Am 24.4.2024 hat auch das Europäische Parlament dem Lieferkettengesetz zugestimmt — mit einer knappen Mehrheit von 374 zu 235 Stimmen.

Am Tag der Abstimmung habe ich mit unserer bayerischen Spitzenkandidatin für die Europawahl Maria Noichl live auf [Instagram](#) darüber gesprochen



Büro Rützel



4 x Büro Rützel

# BEHINDERUNG

## BEAUFTRAGTER IN WÜ, MSP UND AB

Jürgen Dusel, den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, hatte ich kurz vor Ostern zu Gast. Einen ganzen Tag lang waren wir gemeinsam mit den Vorsitzenden der AG Selbst Aktiv Bayern, Sybille Brandt, und Unterfranken, Cristina Lange, zu behindertenpolitischen Terminen von Würzburg bis Aschaffenburg unterwegs.

Dabei ging es durch die Bank um Barrieren, die eine echte Teilhabe von Menschen mit Behinderung verhindern: So haben wir im Berufsförderungswerk (BFW) in Veitshöchheim über berufliche Integration gesprochen. Am BFW findet Qualifizierung statt und hier finden auch jährlich rund 200 erblindete oder sehbehinderte Menschen eine neue berufliche Perspektive ([Mainpost-Artikel](#)). Teilhabe am Arbeitsleben bieten auch die Werkstätten, wie die Mainfränkischen. In Nantenbach haben wir das neue Betriebsgebäude mit integrierter Tagesförderstätte für schwerstbehinderte Menschen besucht und wurden über fehlende Wohnplätze informiert. Anschließend ging es nach Aschaffenburg, wo wir bei einer großen Gesprächsrunde bei den Lebenshilfe Werkstätten e.V. Schmerlenbach über die ganze Bandbreite



behindertenpolitischer Themen gesprochen haben.

Zum Tagesabschluss gab es dann noch Positives: Mit einer mobilen Rampe aus Lego-Bausteinen hat der Stadtjugendring Aschaffenburg gemeinsam mit Wirt Kassra Adloo den Zugang zu den Restaurants Aschaffener-Burger und 400 Grad in der Friedrichstraße deutlich vereinfacht. Klasse! ([Main-Echo-Artikel](#))



Bundesregierung / StadtLandMensch - Fotografie

# BERLINFAHRT

## 50 GÄSTE AUS MIL, MSP UND AB

50 Gäste aus Unterfranken waren im vergangenen Monat auf meine Einladung hin in Berlin, um sich einen eigenen Eindruck von den politischen, historischen und kulturellen Seiten der Hauptstadt zu machen.

Politisch startete die Besuchergruppe im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Im Informationsgespräch erfuhren die Gäste viel Wissenswertes über Aufbau und Arbeit des Ministeriums und über aktuelle Themen wie dem Bürgergeld.

Beim Besuch einer Plenarsitzung erlebten die Gäste anschließend hautnah wie die Debatten im Bundestag ablaufen. Im Gespräch schilderte ich den politischen Alltag in Berlin und beantwortete Fragen zu aktuellen politischen Themen. Vor allem der Schutz der Demokratie und die Sorgen um einen Rechtsruck

der Gesellschaft beschäftigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Es ist ein großer Fehler, unsere Errungenschaften selbstverständlich zu nehmen. Sie sind jetzt alle Botschafterinnen und Botschafter des Bundestages“, so mein Plädoyer an die Gäste.

Zum Abschluss ging es auf die Reichstagskuppel und die Dachterrasse für einen tollen Rundumblick über die Dächer der Hauptstadt.

Auch in den drauf folgenden Tagen erwarteten die Gruppe viele neue Eindrücke: Neben einer Stadtrundfahrt durch das politische Berlin besuchte die Gruppe den Fernsehturm und den sogenannten Tränenpalast, eine ehemalige Ausreisehalle von der DDR nach Westen am Bahnhof Friedrichstraße, erlebte eine Führung durch das Bundeskanzleramt und machte einen Rundgang durch das Humboldt Forum. Eine rundum gelungene Reise, so das einhellige Fazit der Mitreisenden. Vielen Dank für Euren Besuch!

# KURZ & KNAPP

## TERMINE IM APRIL



Bernd Rützel

### GLAUBE UND POLITIK

„Mehr Zuversicht! Mit Hoffnung die Zeiten wenden“ war das Motto der Tagung des Forums „Kirche und Politik“ der SPD-Bundestagsfraktion und des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD. Menschen unterschiedlichen Glaubens und die Sozialdemokratie eint der Glaube an einen Fortschritt, der zum Wohle von Mensch und Mitwelt gestaltet werden kann, ja sogar muss. Vieles ist in Bewegung, wir leben in der Zeitenwende. Aber wohin wenden sich die Zeiten und wie können wir gemeinsam Lust auf Zukunft machen? Darüber haben wir diskutiert, u.a. mit Diana Stachowitz MdL a.D.

### EUROPAPOLITIK IN GAMBACH

Der europaweite Kampf gegen Rechts, die Verteidigung des Friedensprojekts Europa, gute Arbeit in ganz Europa und eine stärkere soziale Ausrichtung der Europäischen Union — das sind die Themen unseres unterfränkischen Europakandidaten Tanyel Tas. Bei einer Veranstaltung in Gambach diskutierten wir mit zahlreichen Interessierten, darunter die 2. Bürgermeisterin Karlstadts Martha



Bernd Rützel

### LOGISTIKKONFERENZ

Online bestellt, im Geschäft gekauft oder für Großkunden zugestellt - eines haben alle Waren gemeinsam: Die Liefer- und Logistikketten dahinter bleiben für die Endverbraucher weitgehend unsichtbar.

Die Transformation unserer Wirtschaft fordert die Transporteure zusätzlich heraus: Arbeitsbedingungen, die sich nur langsam verbessern, Infrastrukturengpässe, die nur schrittweise aufgelöst werden, Klimaschutzanforderungen, denen sich die Branche stellen muss.

All diese Aspekte können und müssen wir angehen, um den Gütertransport in Deutschland, und damit das Rückgrat unserer Industrie und Gesellschaft, resilient und zukunftsfähig aufzustellen. Bei der Logistikkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion haben wir mit den Experten über Lösungen gesprochen.

Bolkart-Mühlrath, über diese Themen und ich berichtete von meiner Arbeit aus Berlin.



Bernd Rützel

# KURZ & KNAPP

## TERMINE IM APRIL



SPD Kleinostheim

### DISKUSSIONSABEND IN KARLSTEIN

Brotzeit, Bier & Politik hieß es in Karlstein. Die SPD Karlstein um ihren Vorsitzenden Gunther ter Bahne und Wolfgang Jehn, Vorsitzender der SPD im Landkreis Aschaffenburg, hatten mich zum Austausch in gemütlicher Runde eingeladen. Vier Regeln bestimmen mein Gesprächsformat: 1. Der Austausch ist offen - es darf alles gesagt werden / 2. Die Teilnehmenden bestimmen die Themen / 3. Die Runde dauert 90 Minuten, wie ein Fußballspiel und 4. Die Verpflegung zahlt jeder selbst.

Beste Voraussetzungen also für einen intensiven Austausch. Und so war er auch: Vom Arbeitskräftemangel über Fragen zum Wandel der Arbeit, zur Rente und zur Finanzausstattung der Kommunen bis zur Personalnot im Pflegebereich, in der Krankenpflege, an Schulen und in der Kinderbetreuung - zahlreich kamen die Fragen auf den Tisch, so dass wir nach den 90 Minuten noch in Verlängerung gingen. Ein sehr gelungener Abend, der wieder einmal gezeigt hat, dass der Diskussions- und Informationsbedarf sehr groß ist. Vielen Dank für die Einladung!



Bernd Rützel

### BRIZZA & POLITIK IN ASCHAFFENBURG

Nicht Brotzeit wie in Karlstein, sondern Brizza gab's in Aschaffenburg - und natürlich Getränke und Politik. Eingeladen hatte der Aschaffener SPD Vorsitzende, Manuel Michniok. Gute Diskussionen und Gespräche sowie leckeres Essen ganz nach dem Motto „Wenn Brezel auf Pizza“ trifft, waren das Ergebnis.



verdi

### GUTE ARBEIT FÜR LOGISTIKER

Auf Einladung von verdi habe ich in Großostheim gemeinsam mit Verdi-Landesfachbereichsleiter David Merk die DGB-Index-GuteArbeit-Befragung in den Branchen Post, Spedition, Logistik im Landesbezirk Bayern angeschaut. Die Arbeitswirklichkeit der Beschäftigten in der Branche ist geprägt durch einen hohen Preis- und Kostendruck, Outsourcing und kleinteilige Betriebsstrukturen. Stärkere Tarifbindung, mehr Mitbestimmung und gewerkschaftliche Interessenvertretung sind die Eckpunkte für Verbesserungen, so die einhellige Meinung.

# KURZ & KNAPP

## TERMINE IM APRIL



Bernd Rützel

### DEMOKRATEN STEHEN AUF

Bei einer Demo für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus in Gemünden zeigten rund 300 Menschen vor der Stadtpfarrkirche in der Obertorstraße ein Zeichen für ein friedliches Miteinander ohne Hass und Hetze. Herzlichen Dank an die Organisatorinnen und Organisatoren, der Stadt und allen Beteiligten und Teilnehmern.



Bernd Rützel

Die Großdemos Anfang des Jahres waren wichtig. Wichtig ist, dass dieser Geist weiter getragen wird. Denn unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wurde über Jahrzehnte erkämpft. Deshalb müssen wir auch etwas dafür tun, wie Mitreden, wenn es um öffentliche Belange geht, aktiv werden, sich engagieren in Vereinen, Parteien oder anderen Einrichtungen und widersprechen, wenn fake news, Rassismus und Hass Platz in Gesprächen einnehmen.

## REALSCHULE GEMÜNDEN



Realschule Gemünden

2 x 50 Minuten Politikunterricht für 2 x 30 Schülerinnen und Schüler hieß es an der Realschule Gemünden.

Wie sieht der Tag eines Bundestagsabgeordneten aus? Wie wird man überhaupt (Berufs-)Politiker? Warum ist Wählen-gehen so wichtig und wie können wir alle dazu beitragen unsere Demokratie zu stärken?



Realschule Gemünden

Diese und viele weitere Fragen haben wir besprochen. Natürlich war auch die bevorstehende Europawahl am 9. Juni ein Thema, denn das Erstarben von Rechtspopulisten überall in Europa beschäftigt die jungen Menschen. Sie sind unsere Zukunft und Europa ist ihre Zukunft. Rückwärts gewandtes Denken hilft in einer Welt voller Spannungen nicht weiter und wenn die Länder Europas nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken sollen, geht das nur mit einer auf gegenseitige Solidarität gründenden Staatengemeinschaft, in der auch die schwächeren Mitglieder mitgenommen werden. Gut, dass wir mit der Ampel-Koalition das Wahlalter für die Europawahlen auf 16 Jahre gesenkt haben.

# KURZ & KNAPP

## TERMINE IM APRIL



Bernd Rützel

### IN MITTELTHÜRINGEN

Über Wahlkreis- und Ländergrenzen blicken ist mir wichtig und so war ich vor Ostern zum Unternehmensbesuch mit Landratskandidat Carl-Christian Dressel und meinem Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, Dr. Holger Becker bei der Vereinsbrauerei Apolda. Die mittelständische Brauerei ist sehr umtriebig und das merkt und schmeckt man.

Vor Ort haben wir uns noch mit Betriebsräten und Gewerkschaftern ausgetauscht. Auch hier ist es so, dass in Unternehmen mit Tarifvertrag die Bedingungen oder beispielsweise die Entlohnung besser sind. Was der Mindestlohn in der Tariflandschaft bedeutet und wie man moderne Arbeitsmarktpolitik gestaltet, waren weitere Themen in unseres Gesprächs.



Bernd Rützel



OV Aschaffenburg-Damm

### EHRUNGEN ASCHAFFENBURG-DAMM

Für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD durfte ich im Ortsverein Aschaffenburg-Damm 5 Mal die goldene Ehrennadel der SPD anstecken. Für diese lange Treue zur Sozialdemokratie wurden geehrt: Alt-Oberbürgermeister Klaus Herzog, MdL a.D. Karin Pranghofer, Reinhard Paczesny, Johanna Schittler und Robert Durschang. Weitere Mitglieder erhielten Ehrennadeln für 25 und mehr Jahre, und auch ein neues Mitglied konnten wir in unserer Runde begrüßen. Zudem berichtete ich von meiner Arbeit in Berlin. Ein rundum gelungener Abend, so der Tenor.



Bernd Rützel

### LEHRJAHR ZU BESUCH IN BERLIN

1983 standen wir gemeinsam an der Werkbank. Jetzt hatten mich meine damaligen Azubi-Kollegen im Deutschen Bundestag besucht und wir gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ein interessantes Gespräch geführt.

# GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische  
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Bayern ist wohlhabend. Doch längst nicht allen Menschen im Freistaat geht es gut. Für viele werden die finanziellen Spielräume knapper. Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht. Wenn das Geld zum Leben nicht mehr reicht, sind die Tafeln oftmals ein letzter rettender Anker in der Not.

Insgesamt 176 derlei gemeinnütziger Einrichtungen gibt es landesweit. Am Laufen gehalten werden die Tafeln von Tausenden Ehrenamtlichen, die unentgeltlich und unermüdlich Lebensmittelpenden von Supermärkten, Bäckereien und Metzgereien zusammentragen und an Bedürftige ausgeben. Das ist ein beachtenswertes gesellschaftliches Engagement.

Seit geraumer Zeit aber haben viele Tafeln ein Problem: Denn sie stoßen zunehmend an die Kapazitätsgrenzen. Weil die Zahl an Kunden zuletzt immer weiter angewachsen ist. Kriege, Pandemie und Inflation haben auch im Freistaat dazu geführt, dass immer mehr Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Inzwischen sind es immer öfter auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich in die Warteschlangen vor den Ausgabestellen einreihen, weil sie die monatliche Miete, Energiekosten, Lebensmittel etc. schlicht nicht mehr stemmen können.

Verstärkt wird die kritische Situation der Tafeln dadurch, dass immer weniger Lebensmittel gespendet werden. Weil auch die Einzelhändler, Bäcker und Metzger genauer kalkulieren und Ware mit Erreichen des Mindesthaltbarkeitsdatums lieber noch mit Rabatt verkaufen. Im Ansinnen, die Verschwendung von Lebensmitteln einzudämmen, ist dies sicherlich positiv. Viele Bedürftige kommen dadurch aber in echte Schwierigkeiten. Denn immer häufiger müssen Tafeln mangels Angebot Neukunden abweisen und tageweise schließen.

Das eigentliche Problem aber liegt an ganz anderer Stelle. Das Problem heißt Armut. Und das zu lösen, ist vorrangig die Aufgabe des Staates – und damit auch der Bayerischen Staatsregierung. Ja, es ist die Aufgabe des Staates, ausreichend Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, damit Eltern arbeiten gehen können. Es ist die Aufgabe des Staates, mehr in Bildung zu investieren – damit junge Menschen eine gute Arbeit finden. Und es ist die Aufgabe des Staates, sich für gute Arbeitsbedingungen im Freistaat einzusetzen – Stichwort Tarifbindung von Unternehmen.

Es ist durchaus positiv, wenn die Bayerische Staatsregierung die Tafeln mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt. Vielmehr aber sollte sie mit einer konsequenten Armutsbekämpfung alles dafür tun, dass die Tafeln im Lande überflüssig werden.

Für ein Bayern ohne Armut setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag mit Nachdruck ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuerou@martina-fehlner.de